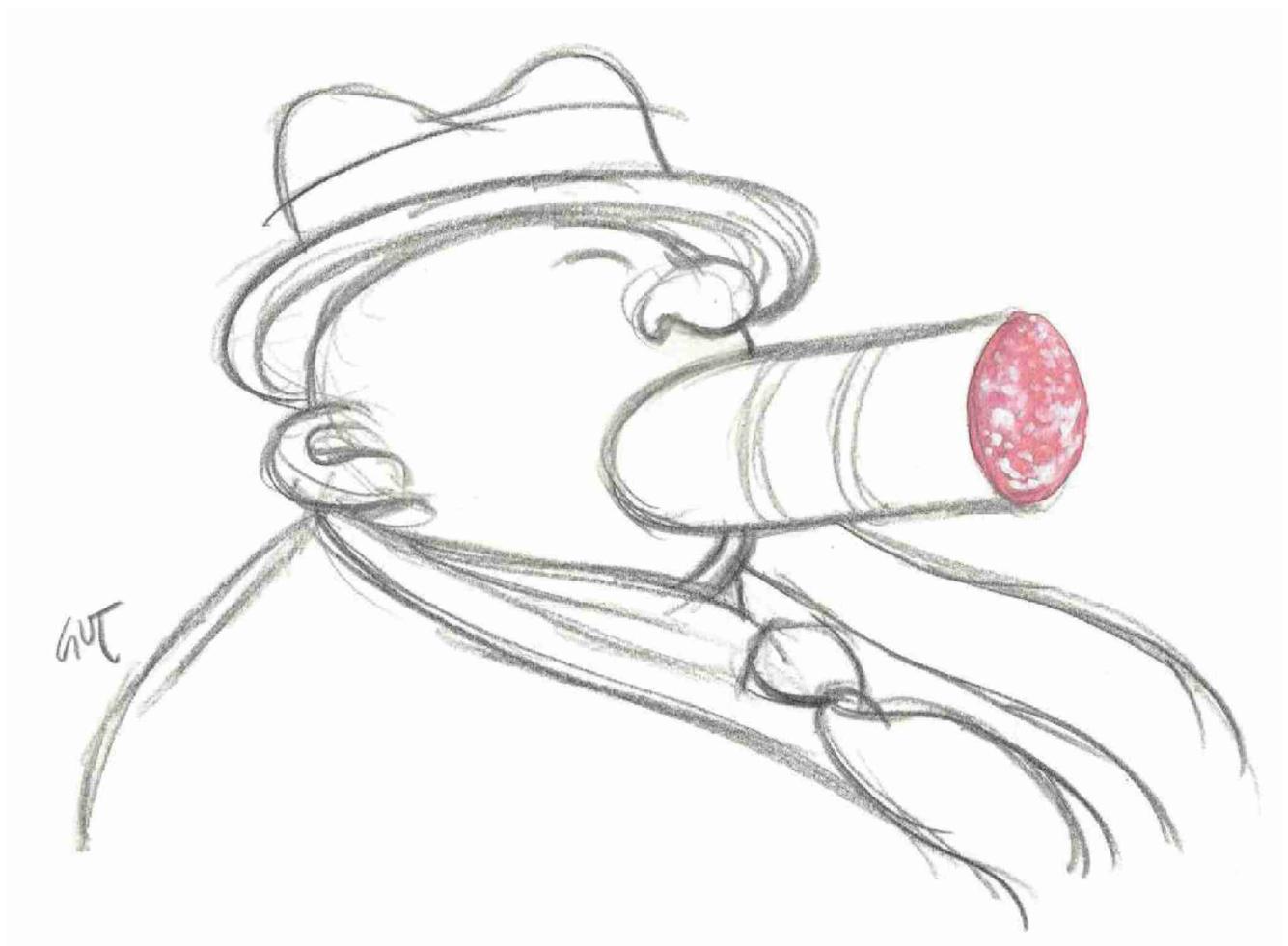




Misstrauen und Neid führen in die Verarmung

Mit unredlichen Argumenten bekämpft die Linke Reformvorlagen wie diejenige zur Verrechnungssteuer. Und sie bewirtschaftet Emotionen, die einer konstruktiven Zukunftsgestaltung entgegenstehen. Das ist verantwortungslos gegenüber den Jüngeren.

Von Peter A. Fischer





Nationalrätin Jacqueline Badran zieht wieder einmal für die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften in eine Abstimmungsschlacht. Die Absolventin der Universität St. Gallen und Mitgründerin einer Digitalagentur hat keine Hemmungen, ihr Wissen über digitale Werbung und ihre schauspielerischen Fähigkeiten dafür einzusetzen, die Vorlage zur Reform der Verrechnungssteuer zu versenken. Dabei wäre diese unternehmerisch gesehen eindeutig wünschenswert, will sie doch ins Ausland verdrängtes Geschäft zurückholen und mit einfachen Änderungen das künftige Wirtschaftswachstum und die Steuereinnahmen mehren. Doch der Linken ist wohl etwas anderes wichtiger: der erneute Beweis ihrer Blockadefähigkeit und damit ihrer politischen Macht.

Tatsachen verdrehen

In einem von der SP Schweiz verbreiteten Videoclip zur Reform der Verrechnungssteuer beugt sich Badran über die Tischkante den Betrachtern entgegen und fragt in verschwörerischem Ton: «Mögt ihr euch an diese Salami erinnern?» Dann blendet sie ein, wie sie im Abstimmungskampf um die Abschaffung der Emissionsabgabe von einer Salami Rädchen abschnitt und auf eine Waage legte. «In den letzten 25 Jahren haben wir nichts anderes gemacht, als Scheibe für Scheibe die Unternehmenssteuern abzubauen. [...] Und das muss aufhören», sagt Badran. Um dann im Stile einer, die gerade ein Geheimnis offenlegt, zu dem Schluss zu kommen: «Und heute geht es um die nächste Salamischeibe auf dem Weg von der Entlastung des Kapitals und der Belastung von Arbeit und Konsum.»

Tatsache ist: Das Steueraufkommen von den Unternehmen in der Schweiz hat in den vergangenen Jahren trotz Reformen ziemlich kontinuierlich zugenommen – und das erst noch deutlich. Auch der Anteil an der Wirtschaftsleistung, der in Form von Arbeitseinkommen ausgeschüttet wurde, hat sich seit 2007 von 54 auf 59 Prozent erhöht.

**Mit der Reform
der Verrechnungssteuer
kann gut bezahltes Geschäft
mitsamt Steuereinnahmen
in die Schweiz
zurückgeholt werden.
Davon profitieren alle.**

Doch leider scheint die Bewirtschaftung von Neid, Missgunst und Misstrauen in Abstimmungskämpfen wirksamer zu sein als der nüchterne Hinweis auf tatsächliche Entwicklungen und Zusammenhänge. Die Linke hat im Februar 2022 – nicht zum ersten Mal – den Abstimmungskampf um eine Steuervorlage gewonnen. 62,7 Prozent der Stimmentenden lehnten die Stempelsteuervorlage ab.

Nun will Badran also ihren Salamitaktik-Erfolg für die SP und die Gewerkschaften wiederholen. Erneut schneidet sie im Abstimmungsvideo ein Salami Rädchen ab und behauptet, die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinszahlungen von im Inland neu begebenen Anleihen sei eine ungerechtfertigte Steuererleichterungsvorlage. Dazu sagt sie: «Eigentlich geht es um Finanzierungsgesellschaften von Konzernen», und ergänzt später: «Hallo Steuerhinterzieher, wir schaffen euch ein neues Fenster!» Womit alle Klischees bedient wären: Eine Reformvorlage der Bürgerlichen übervorteilt das böse Kapital und die noch böseren Konzerne und ermöglicht es den Reichen, Steuern zu hinterziehen. Durchaus möglich, dass die Linke mit dieser Argumentation an der Urne erneut einen Erfolg einfahren kann.

Dabei war diese Argumentation schon bei der Abschaffung der Stempelsteuer falsch und ist bei der Verrechnungssteuer erst recht absurd. Die Verrechnungssteuer ist nämlich gar kein Instrument, das die Unternehmen, das Kapital oder die Anleger zusätzlich belasten will. Die Verrechnungssteuer ist vielmehr eine Misstrauenssteuer, die 35 Prozent von Kapitalerträgen zurückbehält und zurückgefordert werden kann, sobald die Erträge in der Steuererklärung ordentlich deklariert wurden. Im Inland kommt das einem unfreiwilligen zinslosen Darlehen an den Staat gleich. Ihre Abschaffung würde mit diesem und mit dem lästigen administrativen Aufwand Schluss machen, aber an der Steuerpflicht der inländischen Bevölkerung überhaupt nichts ändern.

Anders sieht die Sache für ausländische Anlegerinnen und Anleger aus. Diese sind zwar nicht steuerpflichtig, aber wenn sie die Verrechnungssteuer zurückfordern wollen, gelingt ihnen dies nur mit Aufwand und oft nicht vollständig. Die Verrechnungssteuer ist für sie ein Betrug: eine Besteuerung, wo gar keine Steuerpflicht besteht. Kein Wunder, haben viele wenig Lust, sich darauf einzulassen, und investieren lieber in Anleihen, die in all den Ländern ausgegeben werden, die keine Verrechnungssteuer kennen. Wenig verwunderlich auch, dass deshalb Unternehmen ihre Anleihen statt in der Schweiz lieber in Luxemburg ausgeben, wo alle Anleger diese zeichnen können.



nen, ohne bürokratischen Rückforderungsschikanen ausgesetzt zu sein. Wobei das neckischerweise längst auch für alle Schweizerinnen und Schweizer gilt: Auch sie investieren ihr Geld lieber in im Ausland ausgegebene Anleihen und zahlen heute schon keine Verrechnungssteuer.

Die vorgeschlagene Änderung würde für den Schweizer Finanzplatz im Anleihenmarkt gleich lange Spiesse beispielsweise mit Luxemburg schaffen. Obwohl die Schweiz nach wie vor der wichtigste Finanzplatz für die grenzüberschreitende Verwaltung von Vermögen ist, ist ihr Anleihenmarkt nämlich stark unterentwickelt. Immer mehr Geschäft ist wegen der steuerlichen Nachteile ins Ausland abgewandert. Die Bankiervereinigung schätzt, dass die vorgeschlagene Reform innert fünf Jahren ein Anleihenvolumen von 900 Milliarden Franken – 120 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung – in die Schweiz zurückholen könnte.

Die Reform sollte Konzerne dazu bewegen, ihre Finanzierungsaktivitäten verstärkt aus der Schweiz heraus zu tätigen. Für den Rest der Welt würde es einfacher, in Anleihen zu investieren, die zumindest insofern verhältnismässig sicher sind, als sie in der stabilen Schweiz ausgegeben wurden. Die grössere Nachfrage senkt die Zinskosten, was gerade auch die öffentlichen Schuldner Kosten sparen würde. Die Eidgenössische Steuerverwaltung schätzt allein diesen Effekt auf jährlich 60 bis 200 Millionen Franken, die Bund, Kantone und Gemeinden für Besseres ausgeben könnten als für den Zinsendienst. Und eine im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung von BAK Economics erstellte Analyse kommt zu dem Schluss, dass die Wirtschaftsleistung der Schweiz mit der Reform nach fünf Jahren um jährlich mindestens 0,5 Prozent höher ausfallen würde, als wenn man sie ablehnt.

Vielleicht wird es etwas weniger sein, vielleicht etwas mehr: Das Ausmass auf Zehntelprozent genau vorherzusagen, ist schwierig und hängt von Annahmen ab, über die man sich trefflich streiten kann. Doch entscheidend ist: Hier bietet sich dem durch die OECD-Mindeststeuer, die Fachkräfteknappheit und das ungesicherte Verhältnis zur EU unter Druck stehenden Standort Schweiz mit einer verhältnismässig kleinen und einfachen Reform die Chance, aus eigener Kraft attraktiver zu werden. Damit kann gut bezahltes Geschäft mitsamt den damit verbundenen Steuereinnahmen in die

Schweiz zurückgeholt werden. Davon profitieren alle. Eigentlich sollte über etwas so Nahliegendes gar nicht abgestimmt werden müssen.

Ständiges Blockieren

Doch Sozialdemokraten, Grüne und Gewerkschaften sehen das anders. Sie führen erstens die Verrechnungssteuermillionen ins Feld, die nicht mehr gezahlt werden müssten, als seien dies Steuerausfälle und Geschenke an die Unternehmen. Dass eine Reform wie diese darauf abzielt, die Salamiproduktion zu erleichtern, sprich den künftigen Wohlstand zu mehren und dadurch über die Zeit die Wirtschaftsleistung und die Steuereinnahmen zu erhöhen, passt nicht in ihr kurzfristig ausgerichtetes Denken. Zweitens stört die Linke immer, an wen die Salami angeblich gerade zu grosszügig verteilt wird. Beliebtes Feindbild sind dabei die Konzerne und das Kapital, welche sich auf Kosten der einfachen Arbeiterinnen und Arbeiter bereichern. Dabei wäre das Lohnniveau in der Schweiz ohne die leistungsstarken Grossunternehmen (die rund einen Drittel der Erwerbstätigen beschäftigen) viel tiefer und das Steueraufkommen geringer. Neid macht alle ärmer.

Damit zusammen hängt schliesslich drittens, dass das ganze Denken der Gegner der Verrechnungssteuervorlage von tiefem Misstrauen geprägt ist. Statt selbstverantwortliche Bürger sieht die Linke überall Steuerhinterzieher am Werk. Und dies, obwohl jemand, der darauf abzielt, längst weniger riskante Möglichkeiten dazu hätte, als Zinseinnahmen auf inländischen Obligationen zu verstecken.

Zugegeben, die Schweiz wird kaum wirtschaftlich darniederliegen, bloss weil diese Reform der Verrechnungssteuer an der Urne abgelehnt wird. Die von den Linken ebenfalls bekämpfte Reform der AHV wiegt schwerer. Verpasst würde einfach eine weitere Chance, unseren Wohlstand zu sichern und zu mehren. Darin liegt das eigentliche Malaise, das Jacqueline Badran und ihre Mitstreiter so gekonnt bewirtschaften. Die vom gegenwärtigen Wohlstand verwöhnten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden es der Jugend eigentlich schulden, die Zukunft konstruktiv zu gestalten. Doch indem sie sich von Misstrauen und Neid leiten lassen, blockieren sie sinnvolle und notwendige Reformen und lassen zu, dass sich die Probleme akzentuieren. Das führt früher oder später in die Verarmung. Die Jüngeren haben Besseres verdient.